

1 **Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 5. September**  
2  
3  
4  
5

6 **Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln**  
7  
8

9 **I. Unser Ziel – Fortschritte für Wohlstand und gerechten Handel**  
10

11 Globalisierung braucht faire Regeln. Für die SPD ist klar: Wir wollen den globalen Handel  
12 gerecht gestalten und den Primat der Politik gegenüber den ungezügelten Marktkräften  
13 durchsetzen. Das ist unser politischer Anspruch. Im nationalen Rahmen ist es der  
14 Sozialdemokratie im vergangenen Jahrhundert weitgehend gelungen, den Kapitalismus  
15 einzuhegen und sozial gerechten Regeln zu unterwerfen. Für den globalen Kapitalismus  
16 steht dieser Prozess noch aus. Die Bemühungen in der Tradition des Nord-Süd-Dialogs  
17 unter Willy Brandt müssen deshalb noch entschiedener als in der Vergangenheit und mit  
18 allen Teilen der Welt für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit vorangetrieben werden. Die  
19 berechnete Kritik an der bisherigen Art und Weise muss sich nicht nur in internationalen  
20 Erklärungen wiederfinden, sondern endlich zu einer Veränderung der Politik führen: Eine  
21 andere, gerechtere Welt ist möglich.  
22

23 Wir wissen: Fortschritte für einen gerechten Welthandel und mehr Wohlstand für alle sind in  
24 der komplexen Welt von heute nicht leicht zu erreichen. Internationale Kooperation ist dafür  
25 unverzichtbar. In besonderer Weise wird es auf die gemeinsame politische und  
26 wirtschaftliche Kraft der Europäischen Union ankommen, um unsere Vorstellungen, Werte  
27 und Standards gegenüber anderen Regionen der Welt zu behaupten und in der globalen  
28 Wirtschaftsordnung der Zukunft möglichst weitgehend zu verankern. Das gilt nach der  
29 Entscheidung über den BREXIT umso mehr.  
30

31 Eine in der Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik handlungsfähige EU ist deshalb  
32 unerlässlich. Nur Schritt für Schritt und im Zusammenspiel mit weiteren, uns nahestehenden  
33 Partnern kann es überhaupt gelingen, Fortschritte in einer Welt zu erreichen, in der andere  
34 Staaten und Regionen teils aggressiv auf eigene Wettbewerbsvorteile und nationale  
35 Interessen bedacht sind.  
36

37 Eben weil viel auf dem Spiel steht, darf Europa nicht abseits stehen, wenn die Standards und  
38 Regeln der Zukunft ausgehandelt werden. Der beste, weil multilaterale Rahmen für diese  
39 Verhandlungen, ist ohne Zweifel die Welthandelsorganisation (WTO), die allerdings derzeit  
40 weitgehend blockiert und handlungsunfähig ist. Wir werden alles daran setzen, diese  
41 Blockade gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit zu überwinden.  
42 Angesichts dieser Blockade sind bilaterale Handelsabkommen mit wichtigen Partnern zu  
43 einer immer stärker genutzten Alternative geworden. Diese bilateralen Handelsabkommen  
44 sind zum Teil von schlechter Qualität, fehlender sozialer Verantwortung und keiner  
45 ernsthaften ökologischen Nachhaltigkeit gekennzeichnet. Je mehr sich diese Art  
46 Handelsabkommen durchsetzen – z.B. das US-Abkommen mit Pazifikstaaten (TPP) – umso  
47 größer wird die Gefahr einer Verfestigung dieser Mängel. Sozialdemokratinnen und

48 Sozialdemokraten müssen deshalb ein Interesse daran haben, bessere Handelsabkommen  
49 zu schließen, um die Standards im internationalen Handel nach oben und nicht nach unten  
50 zu entwickeln. Europa muss dabei eine Vorbildrolle einnehmen, um gute, fortschrittliche und  
51 faire Handelsbeziehungen einzugehen.

52

53 Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Organisationen bringen sich in die Diskussion über die  
54 zukünftige EU-Handelspolitik ein. Ihr öffentliches Engagement ist ein Statement für einen  
55 fairen Handel. Dies teilt die SPD. Handel heute muss in der Tat frei und fair zugleich sein.  
56 Freihandel ist nicht automatisch fairer Handel. Wie alle marktwirtschaftlichen Beziehungen  
57 braucht er klare soziale und ökologische Regeln, die demokratisch abgesichert sind.  
58 Unbegrenzte Handlungsfreiheit soll es auch im internationalen Handel nicht geben, weil das  
59 nur die Starken stärker und die Schwachen schwächer machen würde. Umgekehrt gilt aber  
60 auch: Ohne freien Handel ist auch Fairness nicht zu erreichen.

61

62 Nur im breiten Diskurs lassen sich gute Lösungen für einen freien UND fairen Welthandel  
63 finden. Die Gestaltung von Globalisierung und von Handelsabkommen kann nur gelingen,  
64 wenn es Transparenz gibt. Die bisherigen Praktiken der Intransparenz im Bereich der EU-  
65 Handelspolitik müssen endgültig verschwinden.

66

67 Wir haben vor eben diesem Hintergrund in unserem Regierungsprogramm und dem  
68 Koalitionsvertrag 2013 die Aufnahme von Verhandlungen über ein transatlantisches  
69 Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) grundsätzlich begrüßt und unterstützt. In  
70 unserem Konventsbeschluss vom September 2014 haben wir zugleich klare Kriterien und  
71 Erwartungen für die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA)  
72 formuliert. Der Beschluss des Bundesparteitages vom Dezember 2015 hat diese Kriterien  
73 ausdrücklich bekräftigt. Sie sind der Maßstab, an dem wir die Ergebnisse der Verhandlungen  
74 messen werden.. Unsere grundlegende Haltung ist dabei klar: Wir sagen ja zum globalen  
75 Handel – aber nur mit fortschrittlichen Regeln.

76

77

## 78 **II. Transparenz und weiterer Dialog sind unerlässlich**

79

80 Die SPD hat sich kontinuierlich auf den unterschiedlichen Ebenen der Partei mit dem  
81 Freihandelsabkommen CETA befasst. Viele Gliederungen der Partei haben intensiv und  
82 kontrovers beraten und ihre Auffassungen durch zahlreiche Anträge zu den SPD-Konventen  
83 und Bundesparteitagen zum Ausdruck gebracht. Wir haben diese Diskussionen in  
84 Beschlüssen zusammengefasst, die uns klare inhaltliche Maßgaben an die Hand geben.

85

86 Während andere Parteien einer ernsthaften Diskussion aus dem Weg gehen, führt die SPD  
87 die notwendige Debatte über eine gerechte Handelspolitik offen und ausgewogen. Uns geht  
88 es nicht um plakative Parolen und vorschnelle Schlussfolgerungen, sondern um eine  
89 ernsthafte, wert- und faktenbasierte Auseinandersetzung und Abwägung. Dies schließt  
90 sachliche Kritik ausdrücklich mit ein. Wir wissen um die teils noch immer bestehenden  
91 Kritikpunkte von Teilen der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften und nehmen diese sehr  
92 ernst.

93

94 Die neue progressive kanadische Regierung unter der Führung von Premierminister Trudeau  
95 ist sehr interessiert daran, ein fortschrittliches Handelsabkommen zu schaffen. Die  
96 Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der kanadischen Regierung sind zwar  
97 abgeschlossen. Für die politische Beratung und Beschlussfassung über das CETA-  
98 Abkommen gilt dies allerdings ausdrücklich nicht. Die Beschlussfassung im Rat und die  
99 Ratifizierung im Europäischen Parlament und anschließend den nationalen Parlamenten  
100 stehen erst noch bevor. Wir werden dabei sicherstellen, dass es ausreichend Zeit und Raum  
101 für einen fortgesetzten, offenen und kritischen Dialog unter Einschluss der Zivilgesellschaft  
102 geben wird.

103  
104

### 105 **III. Das CETA-Abkommen: Eine erste Bewertung**

106

107 Kanada zählt zu den ältesten und engsten Partnern der Europäischen Union. Kanada ist ein  
108 wichtiger Freund und Verbündeter auf dem nordamerikanischen Kontinent, der europäischen  
109 und deutschen Interessen durch Geschichte und Selbstverständnis aufgeschlossen  
110 gegenübersteht. Die bilateralen Beziehungen wurden schon in den 1950er-Jahren  
111 aufgenommen. Deutschland und Kanada verbindet eine aktive Mitarbeit in internationalen  
112 Gremien, vor allem in Fragen der Sicherheit und Abrüstung, der Menschenrechte, bei  
113 humanitären Aktionen und bei friedenserhaltenden Maßnahmen. Auch die EU und Kanada  
114 arbeiten bei globalen Herausforderungen, z.B. in den Bereichen Umwelt, Klimawandel,  
115 Energiesicherheit und regionale Stabilität, eng zusammen.

116

117 Das 1976 zwischen der EU und Kanada geschlossene Rahmenabkommen über  
118 handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit war das erste formelle Abkommen  
119 dieser Art, das die EU mit einem Industrieland unterzeichnet hat. Die Beziehungen wurden  
120 seitdem ausgeweitet und es gibt regelmäßige Gipfeltreffen und Treffen auf allen Ebenen.  
121 Inzwischen bestehen 36 bilaterale Abkommen EU – Kanada und wir sind mit Kanada  
122 insgesamt (bilateral und multilateral) in 110 Abkommen verbunden.

123

124 Mit Blick auf das CETA-Abkommen begrüßen wir ausdrücklich, dass der  
125 sozialdemokratische Vorsitzende im Handelsausschuss des Europäischen Parlamentes,  
126 Bernd Lange, eine Synopse vorgelegt hat, die den CETA-Vertrag anhand der in den SPD-  
127 Beschlüssen formulierten Kriterien ausführlich analysiert.

128

129 Auf dieser Grundlage gelangen wir mit Blick auf die Bedingungen des SPD-Konvents-  
130 Beschlusses vom 20. September 2014 und des gleichlautenden Beschlusses des SPD-  
131 Bundesparteitages vom 8. Dezember 2015 zu folgender Bewertung bei den zentralen  
132 Punkten des Abkommens:

133

- 134 • **Einstufung als gemischtes Abkommen:** Wir haben immer die Auffassung vertreten,  
135 dass es sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen handelt. Daher begrüßen wir  
136 nachdrücklich, dass die EU-Kommission vor allem auf sozialdemokratischen Druck  
137 hin mittlerweile CETA als gemischtes Abkommen eingestuft hat. Damit ist klar, dass  
138 sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente, in  
139 Deutschland der Bundestag und der Bundesrat, das Abkommen beraten und

140 ratifizieren müssen. Das heißt im Umkehrschluss auch: Wenn ein nationales  
141 Parlament CETA ablehnt, kann es nicht in Kraft treten.

142

143 • **Einsetzung eines öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshofs:** Beim  
144 Investitionsschutz haben wir uns dafür ausgesprochen und eingesetzt, dass das alte  
145 privatrechtliche ISDS-System abgeschafft wird. Auf sozialdemokratische Initiative hin  
146 ist es gelungen, den bereits ausverhandelten Vertragstext an dieser Stelle nochmals  
147 grundlegend zu verändern und erstmals überhaupt einen öffentlich-rechtlichen  
148 Investitionsgerichtshof zu etablieren. Damit würden nicht nur die bisherigen  
149 Investitionsschutzbestimmungen zwischen den EU-Staaten und Kanada, die noch auf  
150 dem alten ISDS-System beruhen, abgeschafft. Der Gerichtshof bietet auch die  
151 Chance, einen völlig neuen Standard für einen modernen Investitionsschutz nach  
152 rechtsstaatlichen Grundsätzen zu schaffen. Die EU-Kommission hat erklärt, dass dies  
153 künftig die Grundlage für alle EU-Handelsabkommen sein wird. Das alte ISDS-  
154 System ist damit tot. CETA ist so der Startpunkt für einen Prozess, an dessen Ende  
155 die Einrichtung eines internationalen Handels- und Investitionsgerichtshofes für den  
156 globalen Handel stehen sollte – ein Ziel, zu dem sich die Vertragspartner im CETA-  
157 Abkommen ausdrücklich gemeinsam bekennen. Im weiteren Prozess sollten  
158 unbestimmte Rechtsbegriffe vermieden werden. Zudem soll die öffentliche  
159 Daseinsvorsorge aus dem Streitschlichtungsmechanismus herausgenommen  
160 werden.

161

162 • **Neue Regeln, mehr Transparenz, verbesserte Standards:** Der neue Ansatz eines  
163 Investitionsgerichtshofs sieht u.a. transparentere Verfahren, verbesserte Standards  
164 bei der Auswahl der Richter, klarere Definitionen von Rechtsbegriffen und eine  
165 Berufungsmöglichkeit vor. Dies sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Es wird  
166 im weiteren parlamentarischen Verfahren genau zu prüfen sein, inwieweit  
167 insbesondere die Definitionen der unbestimmten Rechtsbegriffe tatsächlich bereits  
168 hinreichend präzise sind und ob die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidungen  
169 ausreichend gewährleistet ist. In unserem Konventsbeschluss haben wir formuliert,  
170 dass wir unklare Definitionen dieser Rechtsbegriffe ablehnen. Wir erwarten, dass die  
171 Parlamente diese Fragen, die auch von Teilen der Zivilgesellschaft vorgebracht  
172 werden, umfassend prüfen und nötigenfalls Klarstellungen vor der Ratifizierung  
173 herbeiführen.

174

175 • **Parlamentarische Entscheidungshoheit:** Mit Blick auf die regulatorische  
176 Kooperation zur Anpassung von Normen und Standards haben wir die Erwartung  
177 formuliert, dass hierdurch der politische Gestaltungsspielraum von Parlamenten und  
178 Regierungen nicht eingeschränkt werden darf. Der CETA-Vertrag sieht eine  
179 regulatorische Kooperation auf freiwilliger Basis und ohne bindende Wirkung auf  
180 parlamentarische Entscheidungen vor. Er betont zudem das „right to regulate“ der  
181 Vertragsparteien, stellt also klar, dass die Entscheidungshoheit der Parlamente in  
182 vollem Umfang gesichert ist.

183

184 • **Zollabbau und Marktzugang:** CETA sieht vor, dass Zölle und technische  
185 Handelshemmnisse weitreichend abgebaut werden. Europäische Unternehmen

- 186 erhalten Zugang zu den kanadischen Märkten, insbesondere erstmals auch den  
187 Beschaffungsmärkten auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen Kanadas.  
188
- 189 • **Kein Dumping-Wettbewerb:** In CETA wird ausdrücklich klargestellt, dass die  
190 Vertragspartner einen Dumping-Wettbewerb ablehnen und Handelsziele nicht dazu  
191 dienen dürfen, Schutzstandards für Arbeit oder Umwelt auszuhebeln. In CETA sind in  
192 vielen Bereichen fortschrittliche Regeln und Standards für den Schutz von  
193 Arbeitnehmerrechten, Umwelt, Gesundheit und für nachhaltiges Wirtschaften  
194 insgesamt vereinbart worden.  
195
  - 196 • **Schutz der Arbeitnehmerrechte:** Besonders wichtig sind uns der Schutz der  
197 Arbeitnehmerrechte und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen  
198 Arbeitsorganisation (ILO). In CETA verpflichten sich die Vertragsparteien  
199 Anstrengungen zur Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen zu  
200 unternehmen. Bei Vertragsschluss hatte Kanada zwei der insgesamt acht ILO-  
201 Kernarbeitsnormen noch nicht ratifiziert: Zum einen die ILO-Konvention 138 über das  
202 Mindestalter der Beschäftigung, zum anderen die ILO-Konvention 98 über kollektive  
203 Tarifverhandlungen. Die neue kanadische Regierung hat nunmehr aber erklärt, die  
204 beiden ausstehenden ILO Normen zügig zu ratifizieren. Am 9. Juni 2016 hat Kanada  
205 mittlerweile bereits die Konvention 138 ratifiziert. Die Ratifizierung der ILO-  
206 Konvention 98 soll folgen. Unserer Erwartung ist, dass dies zeitnah erfolgt. Insgesamt  
207 setzt die neue kanadische Regierung unter Führung von Premierminister Trudeau  
208 damit neue Schwerpunkte, die zu begrüßen sind.  
209
  - 210 • **Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards:** In unserem Konventsbeschluss  
211 haben wir die Erwartung formuliert, dass die Einhaltung von Arbeits- und  
212 Sozialstandards in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt sein muss, wie  
213 die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens. Der CETA-Vertrag sieht zur  
214 Durchsetzung der im Nachhaltigkeitskapitel verankerten Arbeits-, Sozial- und  
215 Umweltstandards ein dialogorientiertes Verfahren unter Einbindung der  
216 Zivilgesellschaft einschließlich der Gewerkschaften und der ILO vor. Anders als in  
217 anderen Teilen des Abkommens sieht dieses Verfahren bislang keine  
218 Sanktionsmöglichkeiten vor. Allerdings verpflichten sich auch in diesem bisherigen  
219 Ansatz die Vertragsparteien dazu, die Empfehlungen des einzurichtenden  
220 „Expertenpanels“ umzusetzen. Die Verbindlichkeit der Entscheidungen ist  
221 sicherzustellen. In der weiteren Beratung muss dieses Verfahren auf seine  
222 Effektivität geprüft werden. Dabei muss auch geprüft werden, inwieweit – unter Bezug  
223 auf die speziell hierfür bereits vorgesehene Revisionsklausel im CETA-Vertrag – der  
224 bestehende Durchsetzungsmechanismus perspektivisch um Sanktionsmöglichkeiten  
225 erweitert werden kann.  
226
  - 227 • **Schutz der Daseinsvorsorge:** Der Schutz der Daseinsvorsorge hat für uns höchste  
228 Bedeutung und muss umfassend gewährleistet sein. Für viele  
229 Dienstleistungsbereiche und insbesondere die Daseinsvorsorge werden in CETA  
230 vielfältige Schutzregeln formuliert: So gilt für die Daseinsvorsorge eine allgemeine  
231 Schutzregel (so genannter „public utilities“-Vorbehalt) sowie weitere weitreichende  
232 spezielle Schutzregelungen etwa für Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung,

233 Gesundheit oder soziale Dienstleistungen. Die Bereiche der Daseinsvorsorge sind im  
234 Wesentlichen durch die Ausnahmen des so genannten Annex II geschützt, für den  
235 insbesondere auch keine *Ratchet (Sperrklinke)*-Klauseln oder *Standstill (Stillhalte)*-  
236 Klauseln gelten. Rekommunalisierungen sind demnach in diesen Bereichen weiterhin  
237 möglich.  
238

239 Allerdings findet in CETA zugleich eine so genannte Negativliste Anwendung. Das  
240 bedeutet, dass Verpflichtungen zur Marktöffnung für Dienstleistungen mit Ausnahme  
241 der ausdrücklich auf der Liste aufgeführten Dienstleistungen eingegangen werden. Im  
242 SPD-Konventsbeschluss haben wir die Auffassung formuliert, dass ein Positivkatalog  
243 besser ist und mehr Vertrauen schafft als der bisherige Ansatz der Negativlisten.  
244 Deshalb muss genau geprüft werden, wie im Detail die Negativliste und die  
245 Schutzregeln für die Daseinsvorsorge ausgestaltet sind, um auch mögliche künftige  
246 und in der aktuellen Negativliste noch nicht erfasste Entwicklungen in der öffentlichen  
247 Daseinsvorsorge vor dem Zwang zu Privatisierung und Liberalisierung zu schützen.  
248 Dies ist ein zentraler Punkt, der in den weiteren Beratungen durch begleitende  
249 Klarstellungen sichergestellt werden sollte.  
250

251 Diese Analyse des CETA-Vertrages zeigt, dass in sehr vielen Bereichen fortschrittliche  
252 Regeln vereinbart wurden. Vor dem Hintergrund dieser Fortschritte ist es gerechtfertigt, dass  
253 der EU-Ministerrat mit Zustimmung Deutschlands den Weg für die weitere parlamentarische  
254 Beratung des CETA-Vertrages freimacht, wenn zugleich die Regelungen zum  
255 Investitionsschutz von der vorläufigen Anwendung ausgenommen sind. Es gibt allerdings wie  
256 beschrieben an einigen Stellen noch offene Punkte und Fragen, die im bevorstehenden  
257 Beratungs- und Ratifizierungsprozess weiter geprüft werden müssen. Hier ist genau zu  
258 prüfen, ob die bisherigen Regelungen bereits ausreichen oder ob Klarstellungen und  
259 Präzisierungen erforderlich etwa in Form von ergänzenden Erklärungen zwischen den  
260 Vertragspartnern erforderlich sind. Das Europäische Parlament muss alle Optionen nutzen  
261 und sein politisches Gewicht in der Handelspolitik dafür in die Waagschale werfen.  
262

263 Durch die genaue Prüfung der bevorstehenden Regelungen sowie – wo nötig – durch  
264 Klarstellungen ist in jedem Fall sicherzustellen,  
265

- 266 • dass beim Investitionsgerichtshof die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidung  
267 gesichert ist und dass die materiellen Rechtsstandards durch klare Definitionen  
268 unseriöse Forderungen ausschließen;
- 269 • dass die 8 ILO Kernarbeitsnormen ratifiziert werden, der soziale Dialog gut ausgestaltet  
270 wird, das Verfahren zur Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards wirkungsvoll  
271 genug ist und wie es perspektivisch durch Sanktionsmöglichkeiten ergänzt werden kann;
- 272 • dass im Dienstleistungsbereich der Negativlistenansatz zu keinen unkontrollierten  
273 Liberalisierungen führt und ob die vorgesehenen Schutzvorbehalte tatsächlich alle  
274 Bereiche der Daseinsvorsorge ausreichend und umfassend sichern oder ggf.  
275 Ergänzungen nötig sind. Dienstleistungen im Allgemeinen und allgemeinen  
276 wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge) müssen hieb und stichfest gesichert sein  
277 und es muss hinreichend Gestaltungsmöglichkeiten für die kommunalen Körperschaften  
278 geben.  
279

280 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden alles tun, um sicher zu gehen, dass  
281 dieses Abkommen im Interesse der Menschen ist und wirtschaftliche Macht reguliert. Hierfür  
282 erwarten wir insbesondere, dass die genannten offenen Punkte und Fragen im weiteren  
283 Prozess erörtert und geklärt werden. Dies ist die Grundlage dafür, dass die Sozialdemokratie  
284 abschließend im Deutschen Bundestag zustimmen kann.

285  
286  
287

#### 288 **IV. Die Stunde der Parlamente - unsere Erwartungen an den weiteren** 289 **Ratifizierungsprozess**

290

291 Die Parlamente sind die Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger Europas. Sie  
292 allein können der europäischen Handelspolitik und einem Abkommen wie CETA die  
293 notwendige demokratische Legitimierung verschaffen. Der bisher vorliegende Vertragstext ist  
294 das Ergebnis der Verhandlerinnen und Verhandler von EU und Kanada. Wir sagen: Jetzt  
295 muss die Stunde der Parlamente kommen. Sie müssen ausführlich beraten und umfassend  
296 prüfen, inwieweit CETA die Ansprüche an eine fortschrittliche Handelspolitik erfüllt.

297

298 Der Deutsche Bundestag wird bereits vor der Beratung und Entscheidung im EU-Ministerrat  
299 das Abkommen diskutieren. Nach Beratung und einer positiven Beschlussfassung im  
300 Ministerrat ist dann der Weg für die weitere parlamentarische Behandlung und Ratifizierung  
301 frei, zunächst im Europäischen Parlament sowie anschließend in den nationalen  
302 Parlamenten, in Deutschland dem Bundestag und dem Bundesrat. Die Parlamente sind  
303 dabei die Herren des Verfahrens und entscheiden abschließend.

304

305 Die SPD hat vor diesem Hintergrund folgende klare Erwartungen an den weiteren  
306 parlamentarischen Beratungs- und Ratifizierungsprozess:

307

308 • Wir wollen, dass der CETA-Vertrag nun zur weiteren Beratung an die Parlamente  
309 geht. Vor allem die Beratungen im Europäischen Parlament und später in den  
310 nationalen Parlamenten müssen dabei eine sorgfältige Prüfung sicherstellen und die  
311 noch offenen Punkte aufgreifen. Wir erwarten, dass zunächst das Europäische  
312 Parlament umfassend berät und wo erforderlich Klarstellungen erwirkt.

313

314 • Die Beratungen in den Parlamenten müssen unter Einschluss der Zivilgesellschaft  
315 erfolgen. Angesichts der besonderen Bedeutung des CETA-Abkommens plädieren  
316 wir zudem für eine außerordentliche gemeinsame Anhörung von Vertretern des  
317 Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zum CETA-Abkommen.  
318 Zudem sollen die nationalen Parlamente Stellungnahmen vor der abschließenden  
319 Beratung an das Europäische Parlament übermitteln. CETA soll neue Standards in  
320 der parlamentarischen Befassung mit Handelsabkommen und in der  
321 Zusammenarbeit des Europäischen und der nationalen Parlamente setzen. Dies soll  
322 ein positives Signal für einen starken europäischen Parlamentarismus geben.

323

324 • Bei gemischten Abkommen der EU entspricht es der europäischen Rechtslage und  
325 Praxis, dass nur die Teile der Abkommen, die nicht in die nationale Zuständigkeit  
326 fallen, vorläufig angewendet werden können. Allerdings darf auch dies erst erfolgen,

327 wenn zuvor das Europäische Parlament entschieden und das Abkommen ratifiziert  
328 hat, sodass eine demokratische Legitimierung sichergestellt ist. Grundsätzlich soll  
329 mit dieser Regelung die europäische Handelspolitik handlungsfähig und kohärent  
330 bleiben. Keinesfalls dürfen die Bereiche vorläufig in Kraft treten, die nationalstaatlich  
331 zu regeln sind. Bei CETA heißt das konkret, dass eine vorläufige Anwendung der  
332 Regelung zum Investitionsschutz ausgeschlossen werden muss. Eine umfassende  
333 Anwendung und ein vollständiges Inkrafttreten des CETA-Abkommens können erst  
334 nach Abschluss der Ratifizierung im Europäischen Parlament und allen nationalen  
335 Parlamenten erfolgen.

336

337 • Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir uns mit allem Nachdruck  
338 für die Umsetzung der in diesem Beschluss formulierten Ziele einsetzen – auf  
339 europäischer Ebene im Europäischen Parlament und im EU-Ministerrat, im  
340 Deutschen Bundestag ebenso wie im Bundesrat. Bereits im Ministerrat werden wir  
341 die offenen Punkte und notwendigen Klarstellungen einbringen, um den weiteren  
342 Prozess der Beratung und Nachbesserung einzuleiten.

343

344 • Wir werden als Partei die weitere Beratung und Ratifizierung genau verfolgen und  
345 aktiv mitgestalten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Parlamenten  
346 werden alle Optionen nutzen, um sicherzustellen, dass nur ein Abkommen, das  
347 unseren klaren Kriterien entspricht, eine Chance auf Zustimmung hat.